

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Dringender monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—, erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertate werden die 6spaltige Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate unter bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 121.

Dresden, Freitag den 29. Mai 1914.

25. Jahrg.

Im preussischen Herrenhaus erklärte der preussische Justizminister, eine Strafverfolgung gegen die Reichstagsabgeordneten, die bei dem Kaiserhoch sitzen blieben, solle nicht eingeleitet werden, da sie voraussichtlich keinen Erfolg haben würden.

Wiener Zeitungen behaupten offiziell, daß die Urheber der albanischen Unruhen im jungtürkischen Lager zu suchen seien.

Nach einem drahtlosen Telegramm ist der Dampfer der Canada-Vinie Empress of Ireland infolge Zusammenstoßes mit einem Eisberg gesunken.

Die Ortschaft Carnaggio in Südtirol ist durch eine Feuersbrunst vollständig zerstört worden.

Sowohl aus Südamerika wie aus Kenia werden Sturm- und Wasserkatastrophen gemeldet.

An die Laterne!

Im preussischen Herrenhaus gab es am Donnerstag noch ein Nachspiel des Scharfmachervorstoßes. Bei dem Etat des Ministeriums des Innern hielt es ein Jesko v. Puttkamer, ein früherer Regierungspräsident, für nötig, auch seine Stimme gegen die zu milde Regierungserklärung zu lassen und gegen die „drohende Revolution“ zu warnen. Was verstehen denn diese Herrn Junker unter der „drohenden Revolution“? Der Puttkamer hat das ziemlich deutlich kundgetan. Er sagte:

Das preussische Wahlrecht ist das festeste Bollwerk gegen den Umsturz. Daran darf nicht gerüttelt werden. Unser früherer Präsident, Herr v. Kanitz, hat gesagt, der Minister, der das Reichstagswahlrecht in Preußen einführen wollte, müßte an die nächste Laterne gehängt werden. So weit will ich zwar nicht gehen, aber ich hoffe, daß niemals ein preussischer Minister diese furchtbare Verantwortung auf sich nehmen wird.

Das gleiche Wahlrecht für alle Staatsbürger in Preußen ist für die preussischen Junker die Revolution. Und gegen einen Minister, der dieses Recht im Staate erstreben sollte, wird von den Junkern die Drohung ausgesprochen, daß er an die nächste Laterne aufgehängt werden soll. Herr Jesko v. Puttkamer legt gnädig hinzu: So weit will ich zwar nicht gehen. Aber lebenslängliches Zuchthaus wäre sicherlich die mildeste Strafe, die einen Minister treffen müßte, der den Junkern zumuten wollte, ihr Privileg des Klassenwahlrechts aufzugeben. Es mag dahingestellt bleiben, welche Strafe der Junker für einen Minister bereit halten, der zwar nicht für das gleiche Wahlrecht, wohl aber wenigstens dafür eintritt, daß das gleiche Wahlrecht in Preußen durch die Wahlrechtsreform, das der König von Preußen im Jahre 1908 gab, endlich verwirklicht wird? Vermutlich werden die Junker gegen dergleichen Minister gleichfalls den sanftesten Herzgenuss bewahren: An die Laterne!

Das Wort des Puttkamer kennzeichnet vollkommen die preussische Adelsreaktion. Diese Menschen halten wilde Reden gegen den „sozialdemokratischen Umsturz“. Aber sie selbst haben wie die Besessenen gegen die Verbesserung des Wahlrechts und bedrohen etwaige reformfreundliche Minister mit dem blutigen Schrei: An die Laterne!

Auch dieses blutige Verbot eines preussischen Junkerführers mag von dem deutschen Volke gut im Gedächtnis bewahrt bleiben!

Im förmlichen Sprach der Jesko v. Puttkamer fast zwei Stunden lang gegen die „verjudete Sozialdemokratie“. Die ältesten Redner und geistlich überlegenen Redner tauchten auf. Zum Beispiel, daß Böhrer, ein ehemaliger Pastor, seine Anhänger aufgefordert habe, Bomben zu werfen. Die Regierung ist Herr v. Puttkamer viel zu zahm gegen die Sozialdemokratie, Schritt für Schritt sei sie vor den Sozialdemokraten zurückgewichen. Die Einführung der Diäten im Reichstag, das Gesetz zur Sicherung des Wahlgeheimnisses — Wahllosgesetz nannte er es geschmackvoll —, die kurzen Anfragen, der Ausbau des Interpellationsrechtes, die Einsetzung der Prüfungskommission, die Verfassung von Wahl-Vorbringen, die Kenderung des Militär-Strafgesetzbuches, das Deckungsgesetz zur Wehrvorlage, alles das bedeutet ein Zurückweichen vor der Sozialdemokratie, der der Kampf dadurch immer mehr schwelen muß und die immer offener zum Treubruch und Vandalentum heßt. Und die Regierung sehe ruhig zu, sie lasse die rote Rosa Luxemburg, auch eine russisch-polnische Jüdin, mit dem jüdischen Rechtsanwalt Rosenfeld im Lande umherziehen und Gekredel halten, anstatt die erschreckende Strafe von einem Jahr Gefängnis sofort und in recht empfindlicher Weise zu vollstrecken. Es kann nicht Wunder nehmen, daß der Puttkamer, die süddeutschen Staaten, vor allem Baden, aber auch Bayern, energisch rüffelt wegen nicht genügender Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Der Minister v. Boeckel nahm nach dem Puttkamer nochmals das Wort. Er erklärte, die Regierung habe schon bisher ihr Bestes in der Bekämpfung des Umsturzes getan, aber er fügte hinzu, die Regierung werde sich noch weiter bemühen und mit aller Macht und aller Energie gegen die Sozialdemokratie vorgehen. Zur Frage des „Arbeitswillensgesetzes“ im besonderen gab v. Boeckel folgende, folgende

und des Reichstagslers früheren Äußerungen noch unterstreichende und verschärfende Erklärung ab:

Der Reichstagsler hat es nicht abgelehnt, in der Frage des Schutzes der Arbeitswilligen vorzugehen. Er hat erklärt, daß die Regierung aktiv vorgehen wird, sobald sie glaubt, daß die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Gegenwärtig wird eine Enquete veranstaltet, um die nötigen Unterlagen hierfür zu schaffen. Auch die Reichsregierung ist durchdrungen von der Pflicht, gegenüber den großen Liebesständen energisch vorzugehen, soweit die Gesetzgebung die Handhabe bietet, und, wenn nötig, die Gesetzgebung zu verschärfen.

Man veranstaltet eine Enquete. Nicht zum Zwecke sachlicher und unparteiischer Prüfung, sondern mit der vorgefassten Meinung, daß „große Liebesstände“ vorhanden sind. Natürlich ist es nicht etwa der Terrorismus des Unternehmertums, der die „großen Liebesstände“ verursacht. Der „große Liebesstand“ besteht ausschließlich darin, daß die Arbeiterklasse, nachdem ihr alle Lebensmittel durch schamlose Wucherpolitik veräußert wurden, die Verbesserung der Löhne und Arbeitsverhältnisse erhebt. Und ein preussischer Minister, der gegen diese unbotmäßigen Bestrebungen der Arbeiter nicht mit Polizeimitteln und Gefängnisstrafen vorgeht, gehört selbst — an die Laterne!

Das Sammelpräsidium.

Die künftige Besetzung des Reichstagspräsidiums und die damit zusammenhängende Frage der Sammelwahl gegen die Sozialdemokratie wird weiter in verschiedenen Blättern besprochen. Was die Liebert und Krenndt im Tag darüber schreiben, hat keine größere Bedeutung. Interessant ist aber, was das leitende Zentrumblatt am Rhein, die Rheinische Volkszeitung, darüber schreibt:

Es wird Sache der vier bürgerlichen Parteien sein, ohne Vergewaltigung einer Partei sich scheidlich und friedlich über die Wahl des Präsidiums zu einigen. Würde A. ein Nationalliberaler Präsident sein, so wäre damit schon der Einklang mit der Reichstagswahl erreicht. Dagegen könnten auch die Freisinnigen nicht viel einwenden. Man müßte dann den Liberalismus im Reichstage gewissermaßen als eine Gesamtpartei betrachten. Wenn das Zentrum auf Grund friedlicher Verhandlungen, aber nicht der brutalen Vergewaltigung, von dem zahlenmäßigen Anspruch auf den Präsidenten absteht, dann könnte der erste Vizepräsident aus dem Zentrum gewählt werden. Das Zentrum ist ja immer noch härter als die beiden liberalen Parteien zusammen. Den Anspruch auf den zweiten Vizepräsidenten aber werden wohl die Konservativen erheben. Da sie von jeher bei Präsidentenwahlen sich mit den Freisinnigen vereinigt haben und dadurch härter als eine der liberalen Parteien sind, wird man billigerweise einen solchen Anspruch der Konservativen nicht zurückweisen können. Ein solches Präsidium, gestützt auf die vier bürgerlichen Parteien, hätte einen genügend breiten Boden im Reichstage und würde die beste Gewähr für seine eigene Sicherheit und für einen geordneten Gang der Reichstagsverhandlungen bieten. Es wird also davon abhängen, ob der Freisinn, der unbedingtermaßen eine Session lang die Ehre genossen hat, den Präsidenten und Vizepräsidenten zu stellen, politisch weiserweise genug denkt und sich mit einer solchen Lösung der Präsidentenfrage zufrieden gibt, oder ob er noch eine besondere Berücksichtigung durch die etwaige Schaffung eines dritten Vizepräsidenten für sich verlangt. Das wäre schließlich sein Unglück und mit den immer länger werdenden Sitzungen und Sessionen nicht allzu schwer zu begründen. Die Hauptsache und die Voraussetzung für die nächste Präsidentenwahl im Reichstag wird eine von parteipolitischen Leidenschaftlichkeiten ungetrübte Einigung der großen bürgerlichen Parteien sein.

Es ist nicht sicher, ob diese Ausführungen des Zentrumblattes auch den Anschauungen der führenden Männer in der Reichstagsfraktion entsprechen. Sie zeigen aber jedenfalls, daß im Zentrum viel Neigung besteht, sich auch mit den Nationalliberalen zusammenzufinden. Das Zentrum soll sogar auf das früher stets betonte Recht, daß die stärkste Fraktion den Präsidenten stellt, verzichten und den Nationalliberalen den Präsidentenposten überlassen. Selbstredend verfolgt das Zentrum damit durchaus uneigennützig Pläne!

Die Politik der Reaktion geht dahin, die Nationalliberalen von den Fortschrittlichen und erst recht von jedem auch nur zeitweiligen Zusammengange mit der Sozialdemokratie loszulösen. Gelingt dies, so hat die Rechts- und Mittepartei mit Hilfe der Nationalliberalen endlich wieder das Selt in der Hand. Der Plan ist nicht über eingeleitet.

Uns Sozialdemokraten soll es recht sein, wenn der Mod aller kapitalistischen Parteien zustande kommt. Dann ist das Kampffeld nur freier, und die Massen des Volkes werden erst recht erkennen, daß sie nur durch die Sozialdemokratie die Aussicht auf Vordrängentwicklung haben.

Das System.

Bestenfalls die Tögl. Rundschau zu verstanden, die Ermittlungen des Staatsanwalts hätten ergeben, daß von einem „System“ des Titelschäfers in Deutschland keine Rede sein könne. Diese lächerliche Behauptung wird recht lächerlich illustriert durch einen Brief, den ein Bürger der Stadt Wilmshaus an der Ruhr vor einiger Zeit von einem Berliner Vermittlungsbureau erhalten hat und den jetzt der Wilmshäuser Generalanzeiger veröffentlicht. Es

Von einem mit einflussreichen Regierungskreisen verschiedener deutscher Bundesstaaten eng liierten Herrn des Hochadels sind wir beauftragt worden, die Namen von aktiven Offizieren, landwirtschaftlichen, großindustriellen und sonstigen prominenten Persönlichkeiten aus Kaufmanns-, Großindustriellen-, Gelehrten-, Künstler- sowie Ingenieur- und Architektenkreisen zu ermitteln, welche sich für die Erlangung eines Postleuten-, Kommerzienratstitels oder desjenigen als Hofbaurat bezw. Geh. Hofbaurat bezw. Verleihung eines Ordens interessieren oder aber die Erhebung in den erblichen Adelsstand für sich und ihre Descendenten angustreben geneigt sind.

Der Adressat wird dann gefragt, ob er mit den Bezeichneten Herren in entsprechende Verbindung treten wolle.

Im Falle einer Antwort im bejahenden Sinne erfolgt dann sofort unterseits die Rennung des Namens des beauftragten Zwischenhändlers. Die näheren Beziehungen, Voraussetzungen materieller und ideeller Natur sind zwar nicht näher, d. h. bis in die familiären Details hinein bekannt, glauben aber mit unserem Geschäftsbüro für die Einwandfreiheit des betreffenden Zwischenhändlers, der uns nunmehr seit über einem Jahr, jetzt als sehr seriös und in diesen Materien als früherer langjähriger Oberhofmarschall ganz besonders verfiert, genauestens bekannt ist, voll und ganz einsehen zu können.

Da der Wilmshäuser Generalanzeiger erklärt, daß der Brief des Bureau der Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellt worden sei, findet die Deutsche Tageszeitung, daß die Sache in den richtigen Händen liege. Wertwichtig, als Liebesbrief sein Material der Öffentlichkeit preisgab, schalt das agrarische Organ diese Methode unpatriotisch. Dem Wilmshäuser Bürger, der ebenfalls den Weg zur Presse gefunden hat, wird ein ähnlicher Vorwurf nicht gemacht. Er ist ja auch kein Sozialdemokrat, sondern sicher ein sehr staatsbehaltender Mann, denn nur an Leute dieses Schlages pflegt man mit Titel- und Ordensangeboten heranzutreten.

Wie Titel erworben werden, zeigen weiter einige Mitteilungen, die unserm Breslauer Parteiblatt aus ärztlichen Kreisen zugehen. Man erinnert sich an den Standaal, den im Jahre 1908 die Enttarnung eines „Instituts für deutsch-russische Wissenschaft“ in der medizinischen Welt Berlins erregte, das sich bei näherem Zusehen als ein Schieberbureau entpuppte, das gegen klingenden Lohn zahlungsfähige russische Klienten an deutsche Professoren leitete, und nebenbei unter dem Deckmantel medizinischer Publikationen platteste Beklame für chemische Fabriken und Präparate besorgte. „Weißbein und Lipliawsky“ hieß die vertrauensverweckende Firma, die unter dem Sturm der Enttarnung von der Öffentlichkeit verschwand, nicht ohne daß die ärztlichen Ehrengerichte ihr Verdikt über sie gefällt hätten. Fünf Jahre blieben sie verschollen, bis die Herrschaften im Jahre 1913 das Interesse der Öffentlichkeit wieder auf sich lenkten: Herr Dr. Siegfried Weißbein als fürstlich lipplawischer Professor! Herr Dr. Semjon Lipliawsky als fürstlich lipplawischer Hofrat und herzoglich Koburg-Gothaischer Professor!

Die unerwartete Metamorphose der Herrschaften erregte nicht geringes Erstaunen in der ärztlichen Welt, und nähend Ermittlungen ergaben nun, daß die Herren mit der etwa 10-jährigen Vergangenheit sich inzwischen wissenschaftliche Verdienste um zwei Vadeorte — einen in Lippe, den anderen in Gotha — erworben hatten. Diese Tatsachen genügten freilich nicht, um die Kollegen zu beruhigen, und in der angesehenen „Deutsch-medizinischen Wochenschrift“ am 17. April 1913 fragt Professor J. Schwalbe: „Welch geringes Maß von Anforderungen an wissenschaftliche Leistungen muß aber die fürstlich lipplawische Regierung zu stellen gewohnt sein, wenn sie es für angezeigt gehalten hat, Dr. Weißbein für seine Studien den Professorstitel zu verleihen.“

Koch pikantier ist, was die „Deutsche medizinische Wochenschrift“ im Anschluß an den „Professor“ Dr. Semjon Lipliawsky mitzuteilen weiß:

Was in aller Welt muß Lipliawsky für das Herzogtum Koburg-Gotha zutage gebracht haben, um mit einer selbst in diesem Staat bei Verzicht nur selten anzutreffenden Würde bedacht zu werden? Lipliawsky ist nicht einmal beauftragter Staatsangehöriger, er ist sogar nicht einmal Arzt, sondern hat es nur zu einem russischen Apotheker und einem Berliner medizinischen Doktornamen gebracht. . . . Neben der Bewertung der wissenschaftlichen Leistungen Lipliawskys ist kein Wort weiter zu verlieren. Aber auch Herrn Weißbein dürfte das preussische Kultusministerium kaum der Beilegung des Professortitels für würdig befinden, selbst wenn ein so hervorragender Parlamentarier wie der Vizepräsident des Reichstages, Herr Scheiner Regierungsrat Dr. Paasche, auf Grund seiner Erfahrungen im Vorstande des „Deutschen Reichsausschusses zur wissenschaftlichen Erforschung des Sports“ zu einer gegenständlichen Auffassung gelangen und diese — ohne genügende Legitimation — dem preussischen Kultusministerium beizubringen verstanden sollte.

Diese ärztlichen Klagen sind recht drastisch und recht auffällig die Andeutungen über die Bemühungen des Abgeordneten Paasche. Auch diese Veröffentlichungen beweisen, daß in Deutschland ein wohlorganisiertes System des Ordens- und Titelschäfers besteht.

Die albanische Krise.

Herr von Trotha, der Hofmarschall des Fürsten von Albanien, ist unterwegs, um in Berlin vorzusprechen. Ein Teil der Presse berichtet frampfhaft, daß es sich um keine politische Mission handele. Auf jeden Fall aber wird Herr von